

## Beschluss Mentale Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 21.06.2026

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

#### 1 Was ist passiert?

2 Der erweiterte Bewertungsausschuss beschloss zum 01.04.26 die Absenkung der  
3 Vergütung psychotherapeutischer Leistungen um 4,5%. Darüber hinaus soll nun mit  
4 dem vom Bundeskabinett beschlossenen GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz unter  
5 anderem die Budgetierung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung  
6 beschlossen werden.

#### 7 NRW und die psychologische Versorgung

8 Eine Studie über die Wartezeiten für psychologische Hilfe der BPtK aus 2018  
9 zeigt, dass schon zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich 139,3 Tage auf einen  
10 Therapieplatz gewartet werden musste. Auf dem Land, aber auch in anderen  
11 Regionen müssen Betroffene besonders lange warten, z.B. im Ruhrgebiet: 2018  
12 betrug die durchschnittliche Wartezeit 205,8 Tage. 2022 änderte sich nach Zahlen  
13 der BPtK an der durchschnittlichen Wartezeit kaum etwas, 142,2 Tage – etwas mehr  
14 als im Jahr 2018.

15 Dabei ist die psychologische Versorgung mehr gebraucht denn je. Ergebnisse der  
16 Trendstudie „Jugend in Deutschland 2026“ zeigen, dass der Anteil junger Menschen  
17 zwischen 14 und 29 Jahren, die angegeben haben, psychologische Unterstützung zu  
18 benötigen, mit 29% einen neuen Höchstwert erreicht.

19 Der Bedarf an psychologischer Versorgung ist auf einem alarmierenden Hoch und  
20 das einzige, was von der Regierung kommt, sind Kürzungen.

#### 21 Kürzungen und deren Auswirkung

22 Wie zu Beginn geschildert, ist das Honorar der Psychotherapeut\*innen um 4,5%  
23 gekürzt worden. Gleichzeitig wurden die Strukturzuschläge um 14,25% angehoben –  
24 das Problem: Nicht alle Praxen haben Anspruch auf den Zuschlag. Und selbst die  
25 Praxen, die den Zuschlag in vollem Umfang erhalten, müssen mit einer  
26 Honorarsenkung von 2,8% umgehen.

27 Psychotherapeut\*innen sind unter den Praxisinhaber\*innen ohnehin schon die am  
28 wenigsten verdienende Arbeitsgruppe. Nach Abzug der Praxiskosten bekommen sie  
29 gerade einmal 52€ pro Arbeitsstunde – die Hälfte dessen, was Praxisinhaber\*innen  
30 der wohnortnahen fachärztlichen Versorgung im Durchschnitt bekommen. Ein  
31 wichtiger Unterschied zu anderen Praxen: Psychotherapeut\*innen sind fast  
32 vollständig zeitgebunden, da Sitzungen meist 50 min lang sein müssen. Deswegen  
33 ist es ihnen nicht möglich, mehr Behandlungen in der gleichen Zeit

34 durchzuführen, um damit ihren Verdienst zu erhöhen. Mit einer Budgetierung wären  
35 mehr Behandlungen dann ohnehin nicht mehr möglich, da das zur Verfügung stehende  
36 Budget dann pro Quartal gedeckelt wäre. Je mehr Leistungen die  
37 Psychotherapeut\*innen abrechnen würden, desto geringer wäre dann die Vergütung  
38 der einzelnen Leistungen. Der Teil der erbrachten, aber seitens der gesetzlichen  
39 Krankenkassen nicht vergüteten Leistungen bliebe dann schlichtweg  
40 unterfinanziert und müsste von den Praxen aus der eigenen Tasche oder durch  
41 andere Leistungen, wie zum Beispiel Privatpatient\*innen, quersubventioniert  
42 werden.

43 Um Psychotherapeut\*in zu werden, muss nach erfolgreichem Master in Psychologie  
44 eine 3 bis 5-jährige Ausbildung absolviert werden. Studierende sind nicht reich,  
45 Azubis ebenfalls nicht, und die Ausbildung zur Psychotherapeut\*in kostet extra –  
46 in NRW zwischen 24.000€ und 31.000€. Wer anschließend gesetzlich Versicherte  
47 behandeln möchte, muss sich für einen Kassensitz bewerben. Dieser kostet je  
48 nachdem, wo er sich befindet, 50.000€ bis 180.000€. Die Verfahren dahinter sind  
49 extrem intransparent und unübersichtlich.

50 Da ist es kein Wunder, wenn viele Psychotherapeut\*innen mit Schulden in den  
51 Beruf starten. Und hier fangen auch die Auswirkungen für die Patient\*innen an:

52 Die Kosten für einen Kassensitz sind abschreckend – wenn überhaupt gerade  
53 genügend frei sind, und die niedrigen Honorare danach sind ebenfalls  
54 demotivierend.

55 Was hier also befeuert wird, ist etwas, das ohnehin schon schleichend immer  
56 weiter vorangeschritten ist: die Privatisierung von psychotherapeutischen  
57 Praxen.

58 Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Patient\*innen die Kosten ausgleichen müssen,  
59 welche die Krankenkassen nicht bereit sind zu zahlen. Somit wird Hilfe keine  
60 Frage des Bedarfs, sondern eine Frage des Geldes.

## 61 **Forderungen**

62 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW fordern wir zusätzliche Kassensitze und einen  
63 transparenten Umgang mit den Kosten und Kriterien!

64 Die 24,5 zusätzlichen Kassensitze aus dem Jahr 2024 waren ein guter Anfang, aber  
65 vor allem in den ländlichen Bereichen und im Ruhrgebiet braucht es weitere  
66 Sitze, um die Versorgung der dortigen Anwohner\*innen zu sichern. Existierende  
67 Kassensitze müssen zu einem bezahlbaren Preis übernommen werden können und die  
68 Bewerbungsprozesse transparent gemacht werden.

69 Zusätzlich fordern wir eine kostenfreie Ausbildung und eine klare, verlässliche  
70 Finanzierung aller Teile der Weiterbildung zum/zur Psychotherapeut\*in, die eine  
71 angemessene Bezahlung der Psychotherapeut\*innen in Weiterbildung und ausreichend  
72 Weiterbildungsplätze nach dem neuen System sicherstellt. Hier muss der Bund  
73 endlich seine Verantwortung übernehmen.

74 Gerade in Zeiten von Krisen werden Psycholog\*innen mehr denn je benötigt,  
75 finanzielle Hürden dürfen potenzielle Anwärter\*innen nicht von der Ausbildung  
76 abhalten.

77 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzt sich für die Rücknahme der Kürzungen ein und  
78 fordert die Erhöhung der Honorare von Psychotherapeut\*innen.

79 Damit Psychotherapeut\*innen gesichert sowohl für Kassen- als auch  
80 Privatpatient\*innen zur Verfügung stehen, müssen die Honorare so hoch sein, dass  
81 Psychotherapeut\*innen finanziell nachhaltig abgesichert sind.

82 Wir fordern realistische und zeitgemäße Maßstäbe sowohl bei der Bestimmung der  
83 Vergütung als auch bei der Kassensitzverteilung.

84 Die Verhältniszahlen in der psychotherapeutischen Bedarfsplanung müssen um  
85 mindestens 20% gesenkt und die Finanzierung muss mit realistischen Zahlen  
86 verglichen werden.

87 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzt sich gegen die Einführung der Budgetierung und  
88 für eine gesetzliche Verankerung der extrabudgetären Vergütung auf Bundesebene  
89 ein.